

WM

**WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN**

Zeitschrift für Wirtschafts- und Bankrecht

8

26. Februar 2005
59. Jahrgang
Seiten 349-396

Redaktion:

Rechtsanwalt
Dr. Andreas Lange,
Frankfurt a. M.

Rechtsanwalt
Dr. Helmut Merkel,
Frankfurt a. M.

Rechtsanwalt
Dr. Jürgen Than,
Frankfurt a. M.

Arne Wittig,
Frankfurt a. M.

Redaktionsbeirat:

Stephan Steuer,
Berlin

Vors. Richter am BGH
Dr. Gero Fischer,
Karlsruhe

Rechtsanwalt
Dr. Wolfgang Gößmann,
Hamburg

Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult.
Klaus J. Hopt,
Hamburg

Rechtsanwalt
Jochen Lehnhoff,
Berlin

Rechtsanwalt
Prof. Dr. Hans-Jürgen Lwowski,
Hamburg

Prof. Dr. Peter O. Mülbart,
Mainz

Richter am BGH a.D.
Dr. Joachim Siol,
Ettlingen

AUS DEM INHALT:

Seite 349

Dr. Rainer Loges, LL.M., Dipl.-Kfm., und
Dr. Martin Zimmermann, LL.M., Attorney-at-Law,
Rechtsanwälte, München
Aktienrechtliche Ansprüche beim Erwerb von Unter-
nehmen gegen Gewährung von Aktien

Seite 356

Rechtsanwalt Dr. Nikolaos Paschos, LL.M.,
Attorney-at-Law, Köln
Berichtspflichten des Vorstands bei der Ermächtigung
zum Bezugsrechtsausschluss und deren Ausübung im
Rahmen eines genehmigten Kapitals

Seite 365

EuGH, 12.10.2004
Zulässigkeit einer nationalen Regelung, dass die natio-
nale Behörde zur Aufsicht über Kreditinstitute ihre
Aufgaben nur im öffentlichen Interesse wahrnimmt

Seite 369

BGH, 20.1.2005
Zur Vereinbarkeit von § 6 Abs. 4 KWG mit Europäi-
schem Gemeinschaftsrecht und mit dem Grundgesetz

Seite 375

BGH, 18.1.2005
Zur Zurechenbarkeit des Wissens, das ein in einer Fili-
ale tätiger Bankangestellter bei der verantwortlichen
Aushandlung einer Rahmenfinanzierung erlangt, wenn
die einzelnen Kredite anschließend von einer anderen
Filiale derselben Bank an Immobilienerwerber ausge-
reicht werden

WERTPAPIER-
MITTEILUNGEN
TEIL IV

Inhaltsverzeichnis

Beiträge

Dr. Rainer Loges, LL.M., Dipl.-Kfm., und Dr. Martin Zimmermann, LL.M., Attorney-at-Law, Rechtsanwälte, München

Aktienrechtliche Ansprüche beim Erwerb von Unternehmen gegen Gewährung von Aktien 349

Rechtsanwalt Dr. Nikolaos Paschos, LL.M., Attorney-at-Law, Köln

Berichtspflichten des Vorstands bei der Ermächtigung zum Bezugsrechtsausschluss und deren Ausübung im Rahmen eines genehmigten Kapitals 356

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

EuGH 12.10.2004 Zulässigkeit einer nationalen Regelung, dass die nationale Behörde zur Aufsicht über Kreditinstitute ihre Aufgaben nur im öffentlichen Interesse wahrnimmt 365

Bundesgerichtshof 20.1.2005 Zur Vereinbarkeit von § 6 Abs. 4 KWG, wonach das Bundesaufsichtsamt die ihm nach diesem Gesetz zugewiesenen Aufgaben nur im öffentlichen Interesse wahrnimmt, mit Europäischem Gemeinschaftsrecht und mit dem Grundgesetz 369

Bundesgerichtshof 18.1.2005 Zur Zurechenbarkeit des Wissens, das ein in einer Filiale tätiger Bankangestellter bei der verantwortlichen Aushandlung einer Rahmenfinanzierung erlangt, wenn die einzelnen Kredite anschließend von einer anderen Filiale derselben Bank an Immobilienerwerber ausgereicht werden 375

Bundesgerichtshof 14.7.2004 Zur Kollision einer Globalzession zugunsten einer Bank mit einer zeitlich nachfolgenden Globalzession zugunsten des Vermieters von Baumaschinen 378

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

Bundesgerichtshof 16.12.2004 Zur Rechtsanwaltsgebühr im Verfahren über eine Insolvenzsrechtsbeschwerde 380

Bundesgerichtshof 13.1.2005 Zur Berechnung der Verjährungsfrist des § 146 Abs. 1 InsO 381

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

Bundesgerichtshof 13.12.2004 Zur Verpflichtung eines Vereins, seine Mitglieder grundsätzlich von einer Haftung gegenüber Dritten freizustellen, wenn sich bei Durchführung der satzungsmäßigen Aufgaben eine damit typisch verbundene Gefahr verwirklicht hat 382

Bundesgerichtshof 10.3.2004 Zum Feststellungsinteresse für eine schon zu Lebzeiten des Erblassers gegen ihn erhobene Klage des Pflichtteilsberechtigten auf Feststellung der Unwirksamkeit einer Pflichtteilsentziehung 384

Bundesgerichtshof 28.4.2004 Zur Verjährung von Pflichtteilsansprüchen gemäß § 2313 an Leistungen nach dem Vermögensgesetz 386

Bundesgerichtshof	7.7.2004	Grundpfandrechte, mit denen schon der Erblasser Nachlassgrundstücke belastet hatte, als außerordentliche Lasten i.S. von § 2126 BGB	387
Bundesgerichtshof	10.2.2004	Zur Rückforderung wegen Notbedarfs, wenn der Beschenkte mit dem Geschenk eine Sache erworben und diese seinerseits unentgeltlich einem Dritten zugewendet hat	389
Bundesgerichtshof	30.11.2004	Zur Bindung auch des Alleingeschäfters und Geschäftsführers an ein von einer GmbH als Subunternehmerin zugunsten des Hauptauftragnehmers vereinbartes Wettbewerbsverbot	391
Sonstiges			
Bundesgerichtshof	17.3.2004	Keine Klärung von Rechtsfragen grundsätzlicher Bedeutung im Rechtsbeschwerdeverfahren über eine Kostenentscheidung nach § 91a ZPO	394
Bundesgerichtshof	24.9.2004	Unzulässigkeit der Ablehnung des Gerichtsvollziehers wegen Befangenheit	395
Berichtigung			
Bundesverfassungsgericht	12.10.2004	Zu den verfassungsrechtlichen Anforderungen an ein Unterschriftenquorum bei Wahlen von Arbeitnehmervertretern zum Aufsichtsrat (§ 12 Abs. 1 Satz 2 MitbestG)	396

Bücherschau

Dieter Eickmann/Axel Flessner/ Friedrich Irschlinger/Hans-Peter Kirchhof/Gerhart Kreft/Hans- Georg Landfermann/Wolfgang Marotzke/Guido Stephan	Heidelberger Kommentar zur Insolvenzordnung, 3. Aufl. Rezensentin: Marie Luise Graf-Schlicker, Präsidentin des Landgerichts, Bochum	396
------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------	-----

Die mit ♦ gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem * gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskräfthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Rechtsanwalt Dr. Jürgen Than, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Frankfurt am Main; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Stephan Steuer, ehem. stellv. Hauptgeschäftsführer und Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Dr. Gero Fischer, Vors. Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Rechtsanwalt Dr. Wolfgang Gößmann, Leiter der Rechtsabteilung der HSH Nordbank AG, Hamburg/Kiel; Professor Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht, Hamburg; Rechtsanwalt Jochen Lehnhoff, Mitglied des Vorstandes des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken e.V., Berlin; Rechtsanwalt Professor Dr. Hans-Jürgen Lwowski, Hamburg; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für deutsches und internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz; Dr. Joachim Siol, Richter am Bundesgerichtshof a.D., Ettlingen

Verlag: Herausberggemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg, Bad Homburg

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange, (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.com; Lektorat: Dr. Monika Diakité, (0 69) 27 32-172, E-Mail: m.diakite@wmrecht.com; Sekretariat: Elina Vykoukal, (0 69) 27 32-188, E-Mail: e.vykoukal@wmrecht.com

Anzeigen: Dr. Jens Zinke, (0 69) 27 32-265, E-Mail: j.zinke@wmrecht.com; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-253; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: Central-Druck Trost GmbH & Co. KG, Industriestraße 2, 63150 Heusenstamm, Telefon (0 61 04) 60 60

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 72,90 (einschl. 7% MwSt. € 4,77) + € 5,95 Versandkostenzuschlag (einschl. € –,39 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 7,45 Versandkostenzuschlag.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2005 Herausberggemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitungen in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilung.com

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV